

sozialdemokratischen Minister Schmidt die wichtige Frage der Mitbestimmung keine Frage der Stärkung des Einflusses der Arbeiterklasse und ihrer

Arbeiterinteressen blieben auf der Strecke

Die Entwicklung der letzten Jahre in der BRD bietet in höchst aufschlußreicher Weise Anschauungsunterricht darüber, was der so gepriesene „demokratische Sozialismus“ in der Praxis bedeutet. „Demokratischer Sozialismus“, so wurde auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag vom November 1971 verkündet, sei „kein Endziel und auch kein Traum von der Endzeit, sondern das, was wir in Gemeinden, Ländern und im Bund derzeit praktizieren“. Wie aber sehen denn die Resultate dieses Wirkens aus?

Nicht im geringsten wurden in den letzten Jahren die ökonomischen und politischen Machtpositionen des Monopolkapitals angetastet. Im Gegenteil. Durch direkte Förderungsmaßnahmen der Regierung schritt der Konzentrationsprozeß des Kapitals weiter voran. So stieg die Zahl der Zusammenschlüsse von Großunternehmen von 65 im Jahre 1968 auf 305 im Jahre 1970, und bereits bis zum dritten Quartal 1972 wurden weitere 221 Großfusionen registriert.

Damit erfolgte eine weitere Machtzusammenballung in den Händen jener Kräfte, von denen gesetzmäßig die politische und soziale Reaktion ausgeht. Wenn heute die Lage in der BRD durch eine permanente Unsicherheit der Arbeitsplätze und die rücksichtslose Abwälzung der Lasten kapitalistischer Rationalisierungsmaßnahmen auf die Arbeiter charakterisiert ist, wenn die inflationäre Entwicklung beschleunigt und eine Preissteigerungsrate von über

Gewerkschaften, für ihn dient sie dem Zweck, „die Marktwirtschaft und die Entschlußfreiheit des einzelnen Unternehmens zu erhalten“.

sechs Prozent zu großen sozialen Belastungen insbesondere der Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen führt, so liegt die Ursache eben in der uneingeschränkten Monopolmacht und in der an den Unternehmerinteressen orientierten staatlichen Wirtschaftspolitik.

In den letzten Jahren wurde in der BRD alles getan, die Monopolmacht vor der demokratischen Aktivität des Volkes abzuschirmen und die staatlichen Unterdrückungsinstrumente weiter auszubauen. Der „demokratische Sozialismus“, der da in der BRD praktiziert wird, beinhaltet, daß die Kommunisten, die konsequentesten Kämpfer für Demokratie und Sozialismus, mit einem verfassungswidrigen Berufsverbot für den öffentlichen Dienst belegt werden, daß mit einem Bündel sogenannter Sicherheitsgesetze¹ der Einsatz des Bundesgrenzschutzes nach innen legalisiert wird, dem berüchtigten „Verfassungsschutz“ neue Vollmachten zugeschanzt und in größerem Umfang als je zuvor Steuermittel * für die Stärkung des staatlichen Zwangsapparates eingesetzt werden.

Was schließlich die mit dem Etikett des „demokratischen Sozialismus“ versehenen sogenannten Sozialreformen angeht, so tun rechte sozialdemokratische Führer selbst offen ihre Absichten kund: zu solchen „Reformen“ müsse man bereit sein, um „der revolutionären Ideologie den Nährboden zu entziehen“. Damit ordnet sich ihre Politik „sozialer Reformen“ völlig ein in „das Be-

mühen der Bourgeoisie, getarntere Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen anzuwenden und ... in einigen Fällen auf Teilreformen einzugehen, um die Massen möglichst unter ihrer ideologischen und politischen Kontrolle zu halten.“^{1 2)} Es geht diesen Kräften offenbar darum, mittels bestimmter sozialer Zugeständnisse die Klassenwidersprüche einzudämmen.

In der Praxis hat sich die demagogische Behauptung rechter Sozialdemokraten, mit „sozialen Reformen“ könne ein „Wandel des Kapitalismus“ bewerkstelligt werden, als totale Irreführung der arbeitenden Bevölkerung erwiesen. Die gesellschaftliche Realität in der BRD bestätigt eindeutig: Gewisse soziale Zugeständnisse ändern nichts am Wesen des Kapitalismus und führen zu keiner grundlegenden Änderung der Stellung des Menschen in der Gesellschaft. Solange die Macht der Monopole ungebrochen ist, so lange bringt dieses System unvermeidlich soziale Ungerechtigkeit und verschärfte Ausbeutung hervor. So ergibt sich als Fazit: „... ihre politische Praxis hat nichts, gar nichts mit Sozialismus zu tun. Die Parole vom demokratischen Sozialismus' ist nur dazu bestimmt, die Arbeiter zu täuschen und sie vom Kampf zur Befreiung von der absoluten monopolkapitalistischen Herrschaft abzuhalten.“³⁾

Karlfried Pröger/
Manfred Schönfeld

- 1) Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7. November 1972, Neues Deutschland, 11. November 1972.
- 2) L. I. Breshnew: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag. Dietz Verlag Berlin 1971, S. 21.
- 3) E.Honecker: Rede auf der Zentralen Funktionärkonferenz der FDJ. Neues Deutschland, 21. Oktober 1972.